

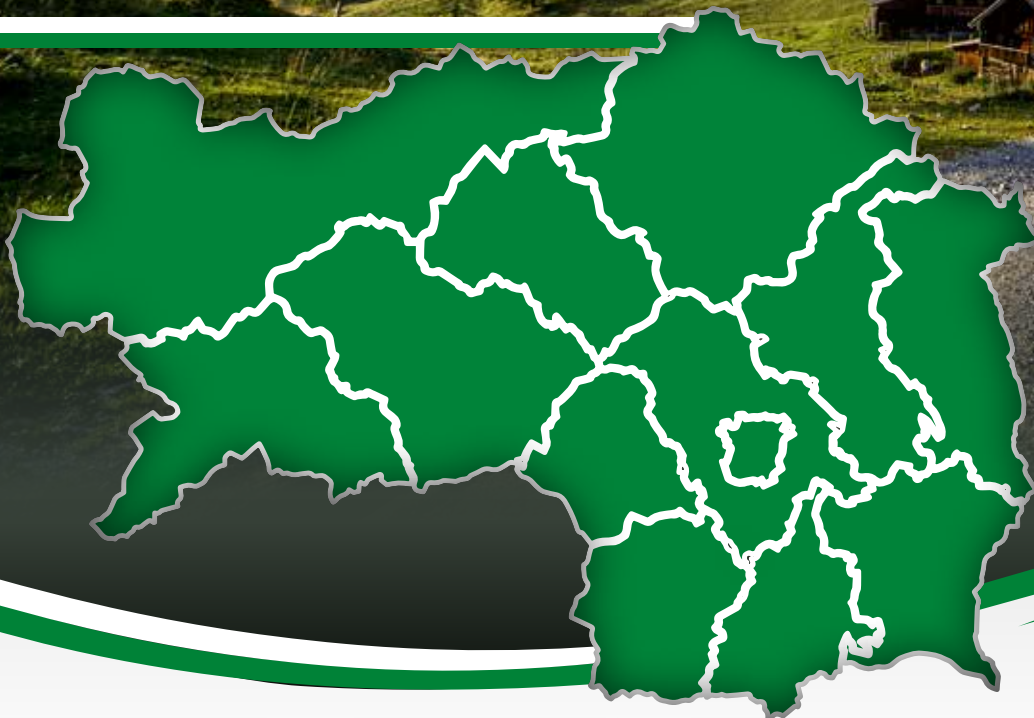
Ausgabe 4.2018

Magazin der FPÖ Steiermark

WirtSteirer

KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH

Starke Regionen für eine starke Steiermark



Spitalsschließungen als
Kernelement schwarz-
roter Gesundheitspolitik

ÖVP/SPÖ verweigern
Beitrag zur Stärkung
des ländlichen Raums

Minister Kunasek
sichert Kasernenstandort
Aigen

FPÖ 
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!



„Wenn man die illegale Migration in die EU stoppen will, dann kann man Schiffe mit im Mittelmeer geretteten Migranten nicht in Europa anlegen lassen.“

(FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky zur noch immer anhaltenden Asylkrise)

Die aktuelle Ausgabe des „Wir Steirer“ befasst sich intensiv mit den Themen Regionen und Ausdünnung des ländlichen Raums. Bereits in der Legislaturperiode 2010 bis 2015 haben sich SPÖ und ÖVP dazu entschlossen, in den peripher gelegenen Gebieten der Grünen Mark Infrastruktureinrichtungen zu schließen. Diese Politik wurde auch seit den letzten Landtagswahlen von der selbsternannten „Zukunftspartnerschaft“ konsequent fortgesetzt. So fielen in den vergangenen Jahren Krankenhäuser, Schulen, Gemeindeämter und Bezirksverwaltungsbehörden den vermeintlichen Reformbestrebungen zum Opfer.

Die Freiheitlichen wollen in der Regionenpolitik einen völlig anderen Weg gehen. Anstatt jene Bezirke, die ohnehin schon von starken Abwanderungstendenzen betroffen sind weiter zu schwächen, ist es unser politischer Ansatz, öffentliche Institutionen in diesen Regionen anzusiedeln.

Neben diesem zentralen Themenblock widmet sich diese Ausgabe vor allem den wichtigen Investitionen des Verteidigungsministeriums und den sicherheitspolitischen Planungen des FPÖ-Innenministers Herbert Kickl. Darüber hinaus werden auf den folgenden Seiten die von der SPÖ konzipierte Wohnunterstützung und die fehlgeleitete integrationspolitische Haltung der roten Bildungslandesrätin kritisch beleuchtet.

In der Landespolitik wird auch der bevorstehende Herbst ausgesprochen interessant. Insbesondere das Budget und die von der Bundesregierung angestoßene Mindestsicherungsreform werden für Diskussionen sorgen. Wir Freiheitliche werden dabei stets für mehr Fairness und Gerechtigkeit im Sinne der Steirer eintreten.

Ihr **Mag. Stefan Hermann, MBL**
LandesparteiSekretär und
Klubobmann des Freiheitlichen
Landtagsklubs



Inhalt

	Seite
Interview mit Herbert Kickl	4-5
Ausländer sind große Profiteure der Wohnunterstützung!	6
Politischer Weckruf: Der Anfang vom Abgang?	7
Schwarz-rote Landesregierung verweigert wertvollen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes	8-9
Spitalsschließungen als Kernelement schwarz-roter Gesundheitspolitik	10-11
Kulturpolitik in der Steiermark	12-13
Verschleierte Mädchen im Kindergarten: Türkis-blaue Bundesregierung plant Kopftuchverbot in Schulen und Kindergärten	14-15
Kreuze dürfen nicht aus öffentlichen Einrichtungen verschwinden	16-17
RFJ Steiermark präsentierte neue Kampagne auf Sommertour!	18-19
Kinderferienlager am Packer Stausee war ein voller Erfolg!	18-19

Kunasek: „Kasernen 250 Arbeitsplätze rund um Aigen



Mit dem steirischen Verteidigungsminister Mario Kunasek investiert das Bundesheer kräftig in Kasernenstandorte, Katastrophenschutz, Hubschrauberflotte und Fahrzeuge!

Österreichs Bundesheer hat bereits ganz andere Zeiten erlebt. Die Epoche des Kaputtsparens und Kaputtmachens des Heeres ist aber unter dem steirischen Verteidigungsminister Mario Kunasek endlich vorbei. Vergessen sind die Zeiten der SPÖ-Verteidigungsminister. Mit der FPÖ in der Bundesregierung wird in das Heer – und damit in die Sicherheit Österreichs – wieder kräftig investiert!

Bundesheer investiert in die Steiermark

Minister Kunasek hat ein klares Ziel: Ein modernes und einsatzfähiges Bundesheer, das einen attraktiven Arbeitgeber darstellt. Dazu zählen für den ehemaligen Berufssoldaten etwa ordentliche und adäquate Unterkünfte in den Kasernen sowie moderne Fahr- und Fluggeräte. Insgesamt werden allein heuer rund 5,4 Millionen Euro in Sanierungen und Instandsetzungen steirischer Kasernenstandorte investiert. 2019 fließen weitere 5,8 Millionen Euro in die steirische Infrastruktur.

Bundesheer – Arbeitgeber für über 3.600 Steirer

Das Bundesheer ist ein wichtiger Jobmotor in der Grünen Mark. Etwa 3.600 Personen sind beim ÖBH beschäftigt, darunter rund 400 Offiziere, 2.200 Unteroffiziere und Chargen sowie 1.000 Zivilbedienstete. Die Soldaten leisten einen



TOP: Die türkis-blaue Bundesregierung stellte im Rahmen einer Ministerratssitzung im August die höchste Pensionserhöhung der letzten Jahren sicher.

FLOP: Michael Schickhofer missbraucht sein Regierungsamt als LH-Stellvertreter, um Oppositionspolitik gegen die erfolgreiche Bundesregierung zu betreiben.

Standort Aigen ist gesichert!“ sind damit garantiert.



Alle Fotos: Bundesheer

entscheidenden Beitrag zur Sicherheit in der Steiermark, ob nun im Grenzeinsatz (siehe Interview) oder im Katastrophenschutz. Der letzte (sechswöchige!) Einsatz im Frühsommer in Gasen nach der Unwetterkatastrophe ist vielen Steirern noch in Erinnerung.

Kunasek: Mit mir gibt es keine Standortschließungen – Fliegerhorst Aigen ist gesichert!

Genau in dieser Kernkompetenz wird das Bundesheer in der Steiermark auch massiv aufgerüstet (siehe Infokasten). Mit der Gablenz-Kaserne in Graz und der Landwehr-Kaserne in St. Michael werden außerdem in den nächsten Jahren gleich zwei Standorte zu autarken Sicherheitsinseln ausgebaut, damit in Krisen- oder Katastrophenfällen ein Bundesheer verfügbar ist, das auf sich alleine gestellt agieren und der Bevölkerung helfen kann. Dazu wird Straß als Standort für einen Teil der neuen Radpanzer „Pandur Evolution“ in Betracht gezogen. Darüber hinaus steht der Fortbestand des Fliegerhorstes Aigen für die neue Hubschrauberflotte außer Frage, wie Verteidigungsminister Kunasek hinsichtlich der roten Panikmacher im Land klarstellt.

Die Steiermark steht also, was Investitionen und Anschaffungen betrifft, im Zentrum der Bemühungen des Ministers um ein modernes Bundesheer. „Wir brauchen ein attraktives Bundesheer, das unsere Heimat auch schützen kann“, so Mario Kunasek entschlossen.

Rüsten für die Sicherheit Österreichs



MOBILITÄT ZU WASSER:

Die erste Tranche von 15 Pionierbooten (bis Mitte 2019 65 weitere) wurde der Pioniertruppe bereits übergeben. Gesamtinvestition rund 1,2 Millionen Euro!

Nutzen für Österreich: Mobilität zu Wasser bei Hochwasser und Flutkatastrophen.

MOBILITÄT ZU LANDE:

40 Stück des Patrouillensicherungsfahrzeuges „Dingo 2“ werden ab September 2018 in Tranchen an das Bundesheer übergeben. Die Beschaffungskosten betragen rund 64 Millionen Euro.

Das Universalgeländefahrzeug „BvS10 Hägglunds“ wird Ende 2018 und im Jahr 2019 den Soldaten der Gebirgstruppen übergeben. Die Kosten der 32 Fahrzeuge belaufen sich auf rund 85 Millionen Euro.

34 Stück des neuen Mannschaftstransportpanzers „Pandur Evolution“ der Firma Steyr-Daimler-Puch Spezialfahrzeug werden angeschafft. Die Kosten betragen rund 105 Millionen Euro.

Neue, moderne geländegängige Fahrzeuge (LKW, Nachfolge für den legendären „Pinzgauer“). In Summe werden Sonderinvestitionen in der Höhe von rund 30 Millionen Euro getätigt.

Nutzen für Österreich: Geschützte Mobilität für die Truppe im Einsatz sowie LKWs und Funktionsfahrzeuge auch für den Katastropheneinsatz.

MOBILITÄT ZUR LUFT:

Nachfolge des Hubschraubers „Alouette III“ (seit 1967 im ÖBH) gesichert. Ankauf von zwölf Stück neuen Mehrzweckhubschraubern (plus moderner Schulungshubschrauber).

Ergänzung der „Black Hawk“ Flotte um drei Stück (Anschaffung bis Anfang 2021) auf zwölf Stück (Staffelstärke!)

Nutzen für Österreich: Moderne Hubschrauber-Luftflotte für Katastrophenhilfe und klassische militärische Aufgaben.



Drei Fragen an Mario Kunasek

(Bundesminister für Landesverteidigung und Landesparteiobmann der FPÖ Steiermark)



Grenzeinsatz verhindert illegale Grenzübertritte und Schlepperei!

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister! Wo sehen Sie die großen sicherheitspolitischen Herausforderungen für Österreich?

Kunasek: Zu den großen Herausforderungen gehören sicherlich die Migrationsströme, die nach Europa drängen. Europa ist nicht willens oder in der Lage, seine Außengrenze zu sichern. Daher ist das Bundesheer gemeinsam mit der Polizei gefordert, für den Schutz unserer nationalen Grenzen zu sorgen.

Wir Steirer: Welche Maßnahmen setzt das Bundesheer, um bestmöglich auf die geschilderte Problematik zu reagieren?

Kunasek: Ich war erst Ende August zum Truppenbesuch an der steirisch-slowenischen Grenze. Derzeit sind etwa 160 bis 170 Soldaten im Einsatzraum. Rund 160 Kilometer Grenze werden durch diesen „klassischen“ sicherheitspolizeilichen Assistenzeneinsatz mit Patrouillen und Beobachtern geschützt.

Wir Steirer: Sind aus Ihrer Sicht diese Grenzsicherungsmaßnahmen nach wie vor notwendig?

Kunasek: Dazu ein klares Ja! Unser Heer leistet hier im Rahmen des Assistenzeneinsatzes genau jenen Beitrag, der die illegale Einwanderung über die grüne Grenze und das Schlepperunwesen verhindert. Der Aufwand und der tägliche Einsatz der Truppe dient also der Sicherheit der Österreicher. Und dieser Einsatz wird auch grundsätzlich so lange dauern wie es notwendig ist. Die Bundesregierung sorgt für sichere Grenzen, ein wichtiges Thema vor allem in der Steiermark.

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

Interview mit Herbert Kickl



Foto: © BMJ/Gerd Pachauer

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Bundesminister für Inneres! Wie erlebten Sie die ersten Monate der Amtsübernahme?

Herbert Kickl: Die Verantwortung für die Sicherheit in Österreich übertragen zu bekommen und an der Spitze des Sicherheitsapparates zu stehen, empfinde ich als eine der ehrenvollsten Aufgaben, die es gibt. Ich bin daher mit Respekt und Demut an diese Aufgabe herangegangen. Ich habe mir das vorher auch sehr genau überlegt, weil klar war, dass sich damit vieles in meinem Leben ändert. Aber wenn ich etwas mache, mache ich es ganz – und nachhaltig. Und ich denke, uns ist bereits in den ersten Monaten einiges gelungen. Die Sicherheitsoffensive ist auf den Weg gebracht, wir haben das größte Sicherheitsbudget der 2. Republik herausverhandelt, wir verbessern Schritt für Schritt die Ausrüstung der Exekutive. Die Rekrutierungsoffensive ist

bereits voll angelaufen, damit wir am Ende der Gesetzgebungsperiode dann 4.000 Polizistinnen und Polizisten mehr haben, die – gut ausgerüstet – für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen werden. Wir haben im Regierungsprogramm eine klare Unterscheidung zwischen Asyl und Zuwanderung festgeschrieben und mit dem neuen, deutlich strengeren Asyl- und Fremdenrecht haben wir ein klares Signal in diese Richtung gesetzt.

Wir Steirer: Welche konkreten Herausforderungen bringt das Amt des Innenministers mit sich?

Herbert Kickl: Die große Bandbreite der Aufgabenbereiche ist sicher eine der Herausforderungen. Das Innenministerium ist gut aufgestellt, seine mehr als 34.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gut ausgebildet und engagiert, die Aufgabenbereiche sind aller-

dings vielfältig, sie reichen von A wie Asylwesen bis hin zu Z wie Zentrales Melderegister. Die verantwortungsvollste Aufgabe ist die Gewährleistung der Sicherheit, im Land selbst, an den Grenzen, aber auch im Internet. Sicherheit ist ein zentrales Grundbedürfnis der Bevölkerung. Österreich hat ein hohes Sicherheitsniveau, die Kriminalität ist im ersten Halbjahr gesunken, die Aufklärungsquote ist auf einem hohen Niveau, die Exekutive macht einen wirklich guten Job. Aber: Es gibt Bereiche, in denen die Entwicklung nicht erfreulich ist, wie etwa bei der Internetkriminalität, bei Sexualdelikten, bei Drogendelikten, bei der Fremdenkriminalität. Und: Die Migrationswelle 2015/2016 hat einen Vertrauensverlust bei den Menschen ausgelöst, es gibt eine Lücke zwischen der objektiven Sicherheit und dem subjektiven Sicherheitsgefühl. Da wird man an einigen Schrauben drehen müssen, um Versäumnisse und Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren.

(Bundesminister für Inneres)

Wir Steirer: Der Ratsvorsitz steht unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ und thematisiert damit innenpolitische Aufgabenbereiche. Welche Sachgebiete sehen Sie als notwendig, im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes auf europäischer Ebene zur Diskussion zu stellen?

Herbert Kickl: Im Bereich der Inneren Sicherheit legen wir den Schwerpunkt auf Asyl und Migration, den Schutz der Außengrenzen, den Kampf gegen Radikalisierung, Terrorismus und organisierte Kriminalität, die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, die digitale Sicherheit sowie die Förderung und den Schutz europäischer Werte. Es kann nicht sein, dass Schlepper bestimmen, wer nach Europa kommt und es kann nicht sein, dass sich illegale Migranten aussuchen, in welchem Land sie um Asyl ansuchen. In der Asyl- und Migrationspolitik haben wir bereits einen Umdenkprozess in Gang gesetzt. Vor nicht allzulanger Zeit stand noch die verpflichtende Umverteilung von Asylwerbern im Zentrum der Diskussionen, was den Pull-Faktor nur noch verstärkt hätte. Jetzt haben der Außengrenzschutz, die Hilfe vor Ort und eine konsequente Rückführungspolitik Priorität.

Wir Steirer: Wo liegt Ihre inhaltliche Zielsetzung als Bundesminister für Inneres?

Herbert Kickl: Wir haben im Grunde drei große Schwerpunkte: Der erste steht unter der Prämisse „Geht's der Polizei gut, geht's der Sicherheit gut. Und geht's der Sicherheit gut, geht's uns allen gut.“ Bessere Rahmenbedingungen für unsere Polizistinnen und Polizisten, was Ausrüstung und Personal betrifft, erzeugen automatisch mehr Sicherheit. Denn eine starke und präsente Polizei ist die beste Prävention. Ein zweiter Schwerpunkt ist der Kampf gegen

die Bedrohungen durch den fundamentalistischen Extremismus und den Islamismus. Hier ist auch die Justiz gefordert. Hintergrund ist, dass dem radikalen politischen Islam mit den derzeitigen Gesetzen nicht ausreichend begegnet werden kann. Durch einen Strafgesetz-Paragraphen ließe sich die Aufforderung zur „Staatsverweigerung“ zugunsten des Islam unter Strafe stellen. Sowohl „Hassprediger“ könnten damit effektiver verfolgt werden wie auch Personen, die durch öffentliche Aussagen (beispielsweise in den sozialen Medien) erkennen lassen, dass sie den Islam über die gesellschaftlichen Werte des demokratischen Rechtsstaats stellen. Der dritte Schwerpunkt ist ein Ende der unzulässigen Vermengung von Asyl, Flucht und Zuwanderung. Hier haben wir schon einiges erreicht.

„Es kann nicht sein, dass Schlepper bestimmen, wer nach Europa kommt und es kann nicht sein, dass sich illegale Migranten aussuchen, in welchem Land sie um Asyl ansuchen.“



Wir Steirer: Welche konkreten Aktionen setzten Sie bereits seit Ihrer Amtsübernahme im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik?

Herbert Kickl: Wir haben das Asyl- und Fremdenrecht verschärft, Defizite und Lücken im System beseitigt. Bei den Abschiebungen sind unsere Behörden auf einem wirklich guten und konsequenten Weg. Und das, obwohl sie verschiedenen Hemmnissen gegenüberstehen, wie etwa der immer wieder auftretenden mangelnden Kooperationsbereitschaft der Betroffenen – von der Nicht-Mitwirkung bei der

Beschaffung eines Heimreisezertifikats übers Untertauchen bis hin zum aktiven Widerstand im Rahmen der Abschiebung. Trotzdem sind wir auf einem guten Weg, die Schwerpunktaktionen sind zwar nur ein Teil der Maßnahmen, aber sie sind notwendig. Wir haben aber auch unseren eigenen Grenzschutz gut aufgestellt. Mit der Übung am Grenzübergang Spielfeld gemeinsam mit dem Bundesheer Ende Juni haben wir ein klares Signal gesetzt: Unser Grenzschutz funktioniert, ein Weiterwinken von illegalen Migranten wird es nicht geben. Jeder illegale Migrant, der erst gar nicht ins Land kommt, ist einer weniger, der in einem aufwändigen und teuren Prozedere rückzuführen ist.

Wir Steirer: Die Abschiebung von Asylwerbern, die eine Lehre absolvieren, hat aber für Kritik gesorgt.

Herbert Kickl: Eine Lehre kann kein Asylverfahren aushebeln. Ein weiteres Aufenthaltsrecht trotz negativem Asylbescheid würde im Ergebnis keinen Unterschied mehr machen, ob in einem sorgfältig durchgeführten Asylverfahren das Vorliegen von Asylgründen festgestellt wird oder eben nicht. Das Asylverfahren wäre letztlich entbehrlich und die Entscheidungsfindung über die Erteilung von Asyl würde von den staatlichen Stellen, die sich an nationale und internationale rechtliche Vorgaben halten müssen, an private Unternehmen übertragen. Rechtsstaat muss Rechtsstaat bleiben. Derzeit sind übrigens rund 34.000 anerkannte Schutzberechtigte arbeitssuchend gemeldet, davon fast 1.500 Personen, die eine Lehrstelle suchen. Mehr als 8.300 Jugendliche befinden sich in einer überbetrieblichen Ausbildung im Auftrag des AMS. Die Abschaffung des Erlasses, der die Lehre für Asylwerber ermöglicht hat, ist daher ein richtiger Schritt.

Wir Steirer: Wir danken für das Gespräch und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg!

Ausländer sind große Profiteure der Wohnunterstützung!



Dank SPÖ und zuständiger Landesrätin Kampus: Bereits 20 Prozent der Bezieher sind Zuwanderer, 2,5 Millionen Euro wurden zu Unrecht ausbezahlt.

Die FPÖ Steiermark kämpft seit jeher für leistbaren Wohnraum beziehungsweise um Unterstützung für jene, die ihn sich nicht leisten können. Wohnen stellt zweifelsohne ein Grundbedürfnis dar, das für alle Österreicher erschwinglich sein muss. Im Bedarfsfall gilt es, bedürftigen Staatsbürgern unter die Arme zu greifen.

Allerdings ließ nicht nur die bisherige Auskunftsbereitschaft der zuständigen SPÖ-Landesrätin Doris Kampus über die Leistungsempfänger sehr zu wünschen übrig, sondern auch Mängel in der Dokumentation traten offen ans Tageslicht. So wurde im Juni 2016 eingestanden, dass zwar die Staatsbürgerschaft sowie der Aufenthaltsstatus der Bezieher erhoben, diese Daten aber nicht dauerhaft dokumentiert und auswertbar gehalten werden. Erst auf freiheitlichen Druck hin gelobte Landesrätin Kampus Besserung und versprach, die erheblichen Mängel im Zuge des Dokumentationsprozesses zu beheben.

Die FPÖ als Kontrollpartei überprüfte dieses Versprechen auf seine Umsetzung und stellte im Frühjahr

eine schriftliche Anfrage, um für die notwendige Transparenz zu sorgen. Erneut ließ das SPÖ-Regierungsglied offen, wie viele Asylanten von der Wohnunterstützung profitierten, doch zumindest erhielt man – nicht sehr erfreuliche – Antworten zur Staatsbürgerschaft. Bereits 20 Prozent der Bezieher waren im Jahr 2017 Zuwanderer, womit sich die freiheitlichen Warnungen bestätigten.

Die Anfragebeantwortung zeigt nicht nur bei den politisch Verantwortlichen massiven Handlungsbedarf, sondern auch bei der Administration der Wohnunterstützung. Obwohl vier Angestellte des Landes mit Rückforderungs- und Kontrolltätigkeiten beschäftigt sind, gibt es aktuell Ausstände in der Höhe von 2,5 Millionen Euro. Zwischen den Jahren 2012 und 2017 mussten sogar rund 274.000 Euro abgeschrieben werden.

Wie viele Anzeigen es gegen Sozialbetrüger gab, wollte die Landesrätin ebenfalls nicht beantworten. So kann nur vermutet werden, wie viele Migranten den steirischen Steuerzahler an der Nase herumgeführt haben.



Interview mit
LAbg. Marco Triller, BA
(Sozialsprecher der FPÖ Steiermark)



Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Als Sozialsprecher des Freiheitlichen Landtagsklubs wird es Ihnen nicht egal sein, dass 20 Prozent der ausbezahlten Mittel an Ausländer gehen?

Triller: Die Zahlen beweisen, dass sich diese Form der Sozialleistung in eine ähnliche Richtung wie die Mindestsicherung entwickelt. Dass Asylanten die gleichen Unterstützungsleistungen wie Österreicher erhalten, die jahrzehntelang gearbeitet und damit das Sozialsystem gestützt haben, ist Beweis für den hohen Grad an Ungerechtigkeit, den die Landesregierung gegenüber den heimischen Bürgern an den Tag legt.

Wir Steirer: Ärgert Sie das beharrliche Schweigen der SPÖ-Landesrätin zur Anzahl von Wohnunterstützung beziehenden Asylberechtigten?

Triller: Ärgern sollte es vor allem jeden steirischen Steuerzahler. Obwohl jährlich fast 50 Millionen Euro für dieses Unterstützungsmodell budgetiert sind, sieht Landesrätin Kampus keinerlei Anlass, für die notwendige Transparenz zu sorgen. Anscheinend gibt es in diesem Bereich wirklich etwas zu verstecken, sonst würde uns Kampus verraten, wie viele Sozialbetrüger angezeigt wurden und woher diese kamen.

Wir Steirer: Welches Modell der Wohnunterstützung schwebt Ihnen vor?

Triller: Wir Freiheitliche hätten uns ein österreicherfreundliches Modell gewünscht. Uns ist es wichtig, dass von der Sozialleistung primär bedürftige Österreicher profitieren. Die Landesregierung sollte endlich dem Vorbild der Bundesregierung folgen und das steirische Sozialsystem reformieren. Wir brauchen im Bereich der freiwilligen Unterstützungsleistungen zweifelsohne eine politische Trendumkehr. Es kann nicht sein, dass arbeitende Österreicher für Menschen aus aller Herren Länder aufkommen müssen.

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

POLITISCHER WECKRUF:

Der Anfang vom Abgang?

Die Geschichte eines verzweifelten Parteichefs, der um Aufmerksamkeit ringt und wie eine ehemals staatstragende Partei dabei ihr letztes bisschen Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzt.

Seit die SPÖ nicht mehr Teil der Bundesregierung ist versucht sie händeringend, sich als lautstarke Oppositionspartei zu positionieren. Bisher war das Resultat dieses Bemühens jedoch lediglich eine Politik der substanzlosen Angst- und Panikmache. Besonders engagiert zeigt sich die steirische Sozialdemokratie, wenn es darum geht, selbst die bemerkenswertesten Erfolge der Bundesregierung schlecht zu machen.

Die Motive dafür sind freilich recht durchsichtig, kämpft doch der steirische SPÖ-Chef Michael Schickhofer seit geraumer Zeit ums politische Überleben. Zuletzt sah sich der glücklose Voves-Erbe mit heftigen Attacken aus Gewerkschaft und Arbeiterkammer konfrontiert. Im Hintergrund basteln die sozialistischen Funktionärseliten dem Vernehmen nach bereits an einer neuen Obmannlösung.

Kapituliert hat Schickhofer jedoch noch nicht. Vielmehr versucht er mit abstrusen Angriffen auf die türkis-blaue Erfolgskoalition bei letzten Getreuen zu punkten. Peinlichstes Beispiel der fragwürdigen Strategie des Noch-Parteivorsitzenden war die unlängst geäußerte Kritik am Katastrophenschutzpaket des Bundesheeres.

So erdreistete sich Schickhofer tatsächlich, den Beschluss über millionenschwere Investitionen in die Sicherheit Österreichs für einen grundlosen oppositionellen Angriff auf Verteidigungsminister Mario Kunasek zu missbrauchen.

Ignoriert hat „Michl“, wie ihn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer zuweilen nennt, dabei wohl, dass mit diesem Investitionspaket der Standort Aigen langfristig abgesichert und die Ausrüstung für Katastrophenschutz Einsätze maßgeblich modernisiert wird.

Die unseriösen Äußerungen von Michael Schickhofer reihen sich nahtlos in die von der SPÖ-Zentrale verbreiteten Falschmeldungen zu den Themen Arbeitszeitflexibilisierung, Notstandshilfe und AUVA-Reform ein. In all diesen Bereichen versuchte die

SPÖ die Bundesregierung ungerechtfertigterweise zu geißeln.

Übrig blieb von den zahlreichen An- und Beschuldigungen jedoch nur das Glaubwürdigkeitsproblem der SPÖ. Eines steht jedenfalls fest, sollte die Sozialdemokratie nicht bald wieder dazu zurückfinden, ernstzunehmende Politik zu betreiben, blüht ihnen auch in der Steiermark ein ähnliches Schicksal wie den Grazer Genossen, die bei der letzten Gemeinderatswahl im Jahr 2017 gerade einmal zehn Prozent erzielen konnten und damit erstmalig aus dem Stadtsenat flogen.



Foto: © Parlamentsdirektion / Bildagentur Zöllner / Leo Hagen

Schwarz-rote Landesregierung verweigert wertvollen Nicht einmal teilweise Auslagerung von

Starke Regionen für eine starke Steiermark

Die steirischen Regionen kämpfen schon seit jeher gegen die Abwanderung der Bevölkerung aus ländlicheren Gegenden hin in die Ballungszentren, vor allem nach Graz. Einer der Hauptgründe für die zunehmende Landflucht liegt am schlechten infrastrukturellen Angebot im peripheren Raum.

Dies gilt nicht nur für Verkehr, Bildung oder etwa für Arbeitsplätze, sondern auch viele öffentliche Einrichtungen befinden sich im urbanen Gebiet. So haben beispielsweise alle 17 Landesabteilungen ihren Sitz in der Landeshauptstadt.

Freiheitlicher Antrag auf Prüfung der Auslagerung einstimmig im Landtag beschlossen

Im Herbst letzten Jahres beantragten die Freiheitlichen daher, die Landesregierung aufzufordern, die Vor- und Nachteile einer Auslagerung von Landesabteilungen oder

Teilen dieser in strukturschwache Regionen zu prüfen. Außerdem sollte untersucht werden, für welche dieser öffentlichen Einrichtungen ein dezentraler Standort prinzipiell geeignet wäre.

Mit der zumindest teilweisen Ansiedelung von Landesabteilungen in ländlicheren Gebieten könnte ein wichtiger Impuls zur Stärkung der Infrastruktur und auch der Wirtschaft im umliegenden Raum gesetzt werden. Auch SPÖ und ÖVP zeigten sich zu diesem Zeitpunkt noch offen, die mit einer solchen Verlegung einhergehenden Vorteile zu erkennen und stimmten dem Antrag der FPÖ zu, sodass ein einstimmiger Beschluss in der Landtagssitzung möglich wurde.

Schwarz-rote Landesregierung sieht keinen Handlungsbedarf

Erst acht Monate später, im Juli dieses Jahres, legte die Landesregierung den Bericht über die auftragsgemäße Untersuchung vor.

Leider handelt es sich dabei ausschließlich um eine Beschreibung der aktuellen Situation. Derzeit würden rund 43 Prozent der Bediensteten des Landes Steiermark (ausgenommen Lehrkräfte an Landesschulen) und 45 Prozent der Bediensteten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft (KAGes) an 219 Standorten außerhalb von Graz ihren Dienst verrichten, beispielsweise in den steirischen Bezirkshauptmannschaften. Hinzu kämen noch 39 Standorte außerhalb von Graz im Bildungsbereich.

Der vorgelegte Bericht umfasst lediglich ein paar wenige Seiten, gefüllt mit Grafiken über die einzelnen Regionen. Mit der Frage von Vor- und Nachteilen der Einrichtung von Außenstellen der derzeit in Graz ansässigen Abteilungen setzt sich die Landesregierung in keiner Weise auseinander.

Mit der Berufung auf die Verfassung, die eine Dekonzentration der Landesregierung außerhalb von Graz nicht zulasse, wurde ein

Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes: Landesabteilungen in die Regionen!



Kommentar

LAbg. Anton Kogler

(Landesgeschäftsführer der FPÖ Steiermark)



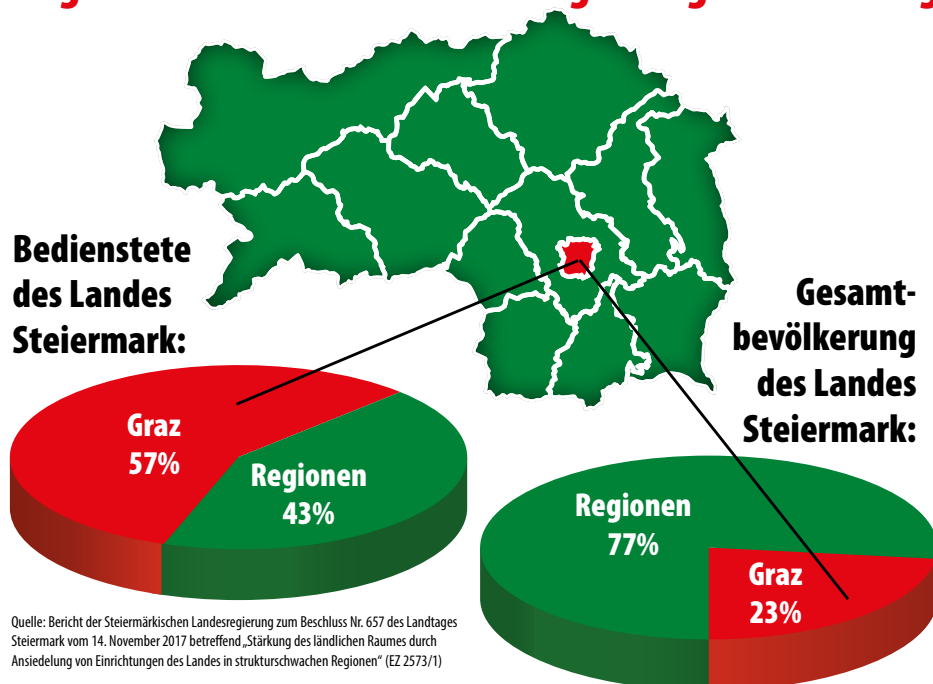
Es ist äußerst bedauerlich, dass die schwarz-rote Landesregierung nicht dazu bereit ist, neben den bereits bestehenden Standorten weitere Einrichtungen des Landes in die Regionen zu verlegen. Die Kürze des Berichts und mangelnde Erfüllung des eigentlichen Auftrages zeigt erneut den fehlenden Reformwillen der selbsternannten „Zukunftspartnerschaft“. Um der Abwanderung aus dem ländlichen Raum nachhaltig entgegenwirken zu können, bedarf es einer verstärkten Investition in periphere Gebiete. Insbesondere die öffentliche Hand ist gefordert, mit gutem Beispiel voran zu gehen und Arbeitsplätze wieder zurück in die Regionen zu bringen.

Die türkis-blaue Bundesregierung hat dies längst erkannt und sich daher zum klaren Ziel gesetzt, nachgelagerte Stellen des Bundes in strukturschwachen Regionen anzusiedeln. SPÖ und ÖVP hingegen haben in den letzten Jahren reihenweise öffentliche Einrichtungen in den steirischen Bezirken geschlossen. Nun hätten sie die Gelegenheit gehabt, diese Zentralisierungswelle zu kompensieren. Stattdessen wurden die freiheitlichen Bestrebungen einfach abgeblockt und trotz eines einstimmigen Beschlusses im Landtag mit einer lapidaren Darstellung der derzeitigen Situation abgefertigt.

fadenscheiniger Vorwand gefunden, um sich nicht näher mit dieser Thematik befassen zu müssen. Aus freiheitlicher Sicht verpasst

Schwarz-Rot damit aber die Chance, einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes zu setzen.

Regionen werden von Landesregierung benachteiligt



Quelle: Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 657 des Landtages Steiermark vom 14. November 2017 betreffend „Stärkung des ländlichen Raumes durch Ansiedelung von Einrichtungen des Landes in strukturschwachen Regionen“ (EZ 2573/1)

Spitalsschließungen als Kernelement schwarz

Die Sicherstellung einer umfassenden Gesundheitsversorgung zählt zu den Kernaufgaben unseres Sozialstaates. So hat jeder Steirer ein Recht auf eine umfassende, gleichmäßige und qualitätsvolle medizinische Versorgung. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob man im urbanen oder im ländlichen Raum beheimatet ist. Die Politik hat dafür Sorge zu tragen, dass die Bevölkerung auch in den peripheren Regionen der Steiermark entsprechende Strukturen vorfindet. Neben der wohnortnahen Niederlassung eines klassischen Hausarztes zählt dazu selbstverständlich auch die rasche Erreichbarkeit des nächsten Krankenhauses. Inwiefern sich die schwarz-rote Landesregierung dieser Tatsache bewusst ist, muss angesichts ihrer Spitalpolitik jedoch hinterfragt werden.

Schwächung des ländlichen Raums unausweichlich

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode musste das LKH Mariazell seinen Betrieb einstellen. Das Gebäude wird seitdem mit deutlich reduziertem Leistungsangebot als Gesundheitszentrum genutzt. Ende 2016 präsentierte ÖVP-Gesundheitslandesrat Christopher Drexler seine weiteren Pläne im Bereich der steirischen Krankenhauslandschaft.

Demnach sollen bis zum Jahr 2025 insgesamt fünf(!) weitere Spitalsstandorte geschlossen werden, wobei die Krankenanstalt in Eisenerz bereits am 1. Juli dieses Jahres ihre Pforten schließen musste. Als nächsten Schritt wollen ÖVP und SPÖ die drei Standorte im Bezirk Liezen durch ein Zentralkrankenhaus ersetzen. Auch die Auflassung des Spitals in Hörgas ist beschlossene Sache. Zweifelsohne wird diese Schließungswelle eine weitere Zentralisierung der Gesundheitsversorgung und damit eine abermalige Schwächung der Peripherie zur Folge haben.

Bis zum Jahr 2025 sollen insgesamt fünf(!) weitere Spitalsstandorte geschlossen werden.



Schwarz-rote Planlosigkeit kostet Steuerzahler Millionen

Besonders pikant ist neben der systematischen Ausdünnung des ländlichen Raums vor allem die augenscheinliche schwarz-rote Planlosigkeit

hinsichtlich einer vernünftigen Spitalpolitik. Als Paradebeispiel für den praktizierten Zick-Zack-Kurs dient in diesem Zusammenhang die Gesundheitspolitik im Bezirk Liezen. Obwohl die dortigen Spitalsstandorte in Schladming und in Bad Aussee erst 2006 beziehungsweise 2013 kostspielig neu errichtet worden waren, plant die Landes-

Obwohl die Spitalsstandorte in Schladming und Bad Aussee erst 2006 bzw. 2013 kostspielig errichtet wurden, plant die Landesregierung bereits wieder deren Schließung.

regierung bereits wieder deren Schließung. Dies ungeachtet der Tatsache, dass die vom Landtag Steiermark zur Errichtung des Krankenhauses in Schladming genehmigten Finanzierungskosten in der Höhe von 50 Millionen Euro erst im Jahr 2031 getilgt sein werden. Als Folge wird der Steuerzahler spätestens ab dem Jahr 2025 jährlich Millionen Euro für den Nicht-Betrieb des Ennstaler Krankenhauses bezahlen müssen.

Einsparungspotential wohl gering

Inwiefern eine hochwertige Versorgung in den betroffenen Regionen auch nach den geplanten Schließungen aufrechterhalten werden kann, wird sich weisen. Ähnliches gilt hinsichtlich der Frage, ob die von der Landesregierung einkalkulierten Kostenersparnisse für das Land Steiermark tatsächlich so hoch ausfallen, wie es sich

-roter Gesundheitspolitik



ÖVP und SPÖ versprechen. So soll laut Landesrat Drexler beispielsweise durch die Auflösung des Standortes in Eisenerz jährlich rund eine Million Euro eingespart werden. Nachdem eine Nachnutzung für das ehemalige Spitalsgebäude nach wie vor in den Sternen steht, wird sich dieser

Betrag wohl noch deutlich reduzieren. Angesichts der übrigen schwarz-roten Fehlkalkulationen in der steirischen Spitalpolitik werden ÖVP und SPÖ ein paar hundert Tausend Euro mehr oder weniger allerdings ohnehin nicht allzu viele schlaflose Nächte bereiten.



Interview mit
LAbg. Arnd Meißl
(Gesundheitssprecher der FPÖ Steiermark)

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Warum spricht sich die FPÖ gegen die von der Landesregierung geplante Gesundheitsreform aus?

Meißl: Vorweg möchte ich festhalten, dass Reformen im Gesundheitsbereich durchaus zu befürworten sind. Allerdings müssen diese auch tatsächliche Verbesserungen für die Bevölkerung bringen. Durch die geplanten Spitalsschließungen ist allerdings in vielen steirischen Regionen gerade das Gegenteil zu befürchten. Wie man es richtig macht, können sich ÖVP und SPÖ von der türkis-blauen Bundesregierung abschauen. Diese spart eben gerade dort, wo es nötig ist, nämlich im aufgeblähten Verwaltungssystem.



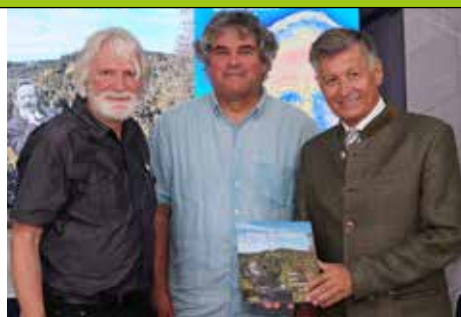
Wir Steirer: Sie werfen ÖVP und SPÖ Planlosigkeit hinsichtlich deren Spitalpolitik vor. Warum?

Meißl: In Schladming wurde vor zwölf Jahren ein nagelneues Krankenhausgebäude eröffnet, in Bad Aussee ist der Neubau gerade einmal fünf Jahre her. Die Kosten für beide Projekte beliefen sich auf rund 100 Millionen Euro, wobei das Land Steiermark für das Spital in Schladming bis zum Jahr 2031 Tilgungszahlungen zu leisten hat. Dass die Landesregierung beide Standorte nun wieder schließen möchte und stattdessen abermals ein neues Krankenhaus im Bezirk Liezen für mindestens 250 Millionen Euro baut, kann man nur als völlige Planlosigkeit bezeichnen.

Wir Steirer: Sie sprechen sich demnach für den Erhalt der derzeitigen Spitalstrukturen aus?

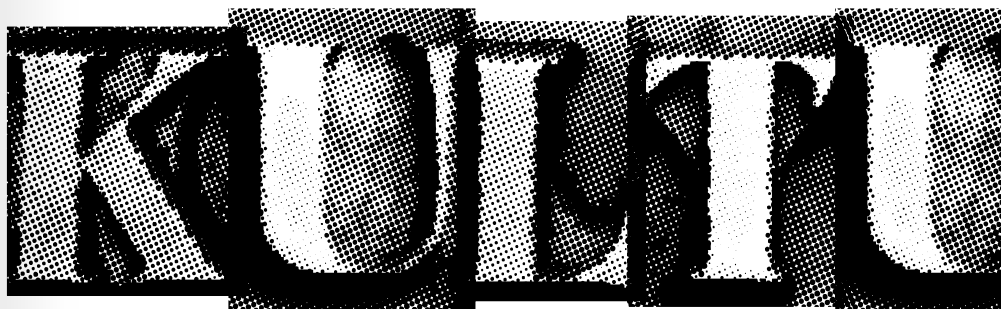
Meißl: Ja, wobei das nicht heißt, dass man an allen derzeitigen Standorten sämtliche Leistungen anbieten muss. Eine gewisse Grundversorgung muss allerdings gewährleistet sein. Alles andere hätte eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raums zur Folge. Eine verantwortungsvolle Landesregierung darf das nicht in Kauf nehmen.

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!



Vorsitzender des KFS Dr. Gerhard Kurzmann, Ass.-Prof. Reinhard Farkas und Jakob Hiller.

Ass.-Prof. Dr. Reinhard Farkas hielt für das Kulturforum Steiermark einen beeindruckenden und vielschichtigen Vortrag über den von ihm und Jakob Hiller erstellten Bild-Textband zu Peter Roseggers Wirken. Professor Farkas betonte das nach wie vor große Potential Peter Roseggers für die Gegenwart und er äußerte den Wunsch, die Person Roseggers gerade in Graz wieder stärker präsent zu machen, um damit einen Beitrag zur Identität der Landeshauptstadt zu leisten. „Ebenso wie Rosegger ein Krieglacher war, war er auch ein Grazer. Und es ist offen gesagt eine Schande, wie die Stadt Graz mit diesem Vermächtnis und mit dieser Tradition in den letzten Jahrzehnten umgegangen ist. Ich würde mich sehr freuen, wenn die großartigen Anklänge noch zu Roseggers Lebzeiten, sprich Roseggerweg, Roseggerhaus zu einer Verlängerung und einem Wiederhall in unserer Gegenwart führen würden.“



IN DER

Die Freiheitlichen sind die einzige Partei, die sich neben Kulturlandesrat Christopher Drexler mit der steirischen Kulturpolitik und deren Finanzierung intensiv befassen. Angesichts der Verschiebung der „Landesaussstellung“ in die nächste Gesetzgebungsperiode und dem Bekanntwerden des Kulturförderungsberichts 2017 war es höchst an der Zeit, die freiheitlichen Kritikpunkte und Vorstellungen im Rahmen eines Pressegesprächs nachzuzeichnen.

Im Rahmen dieser Pressekonferenz zeigten der dritte Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann und FPÖ-Klubobmann-Stv. DI Gerald Deutschmann eindrucksvoll die massiven kulturpolitischen Verfehlungen der schwarz-roten Landesregierung auf.

Regierungsprogramm nichts wert – Landesaussstellung in nächste Periode verschoben

Die Freiheitlichen fordern schon seit Jahren die Wiedereinführung von Landesaussstellungen, die dem Kulturland Steiermark gerecht

werden. Obwohl von ÖVP und SPÖ im Jahr 2015 in deren Regierungsprogramm die Abhaltung einer „Steiermark-Expo“ in der aktuellen Legislaturperiode angekündigt worden war und der zuständige ÖVP-Landesrat Christopher Drexler Anfang 2018 im Landtag noch vollmundig von tragfähigen Konzepten sprach, soll nun doch erst 2021 und damit nach den Wahlen eine entsprechende Ausstellung durchgeführt werden.

Der vorgeschlagene Titel „Steiermark 21 ff. History. Identity. Utopia“ lässt jedenfalls Schlimmes befürchten. Zudem soll Graz den Schwerpunkt der Ausstellung bilden, obwohl die Stadt gegenüber den Regionen ohnehin bevorzugt wird. Die Bezirke sollen im Gegenzug mit einem „wandernden Pavillon“ abgespeist werden.

Allgemeine Förderungen:

10,6 Mio. Euro,
davon 7,4 Mio. Euro nach Graz (69,4 Prozent)

Volkskultur:

3,08 Mio. Euro,
davon 1,16 Mio. Euro nach Graz (37,8 Prozent)

Auch das Vorhaben, die bereits jetzt mit chronisch unterdotierten Ausstellungsbudgets ausgestatteten Landesmuseen als Hauptträger der Veranstaltung zu beauftragen, zeigt eine gewisse Konstante, wenn es darum geht, die kulturinteressierten Steirer mit Ankündigungen zu vertrösten. Das Fehlen eines Sonderbudgets lässt den Schluss zu, dass dieses Projekt den vergangenen Landesaussstellungen nicht gerecht werden kann.

EINLADUNG

Grazer Straßennamen

Dienstag, 11. September, 19:00 Uhr

Steiermärkisches Landesarchiv

Wartingensaal, 1. Stock | Karmeliterplatz 3, 8010 Graz

Vortrag von

Prof. Mag. Dr. Karl Albrecht Kubinzky

Geograph, Historiker, Sachbuchverfasser

Karl Kubinzky studierte an der Universität Graz Geographie und Geschichte, arbeitete als Universitätsassistent und danach als Professor am Institut für Soziologie der Universität Graz sowie an der TU Graz und der Universität Salzburg. Er ist Autor zahlreicher Publikationen und widmet sich seit dem Jahr 2000 besonders der Grazer Stadtgeschichte. Als einer der profundensten Historiker der Stadt war er auch Mitglied der Historikerkommission zu den Grazer Straßennamen.

Anmeldung bis 7. September 2018 unter info@kulturforum-steiermark.at oder 0316 - 877 5300

KULTURPOLITIK

STEIERMARK

Obwohl Landesrat Drexler die freie Szene und damit SPÖ-Klientel mit finanziellen Mitteln in Millionenhöhe förderte, dankte es ihm die SPÖ offenbar mit dem Boykott des Regierungsprogramms. Hier zeigt sich einmal mehr der offenkundige Streit innerhalb der Koalition, wo man einander jeglichen Erfolg nicht gönnt.

FREIHEITLICHE FÖRDERUNGEN

- Verwendung des identitätsstiftenden Namens „Landesausstellung“
- Aufstellung eines Sonderbudgets für die Landesausstellung
- Stärkere Einbindung der Regionen bzw. Abhaltung der Ausstellung in ebendiesen

Kulturförderungsbericht 2017 zeigt fragwürdige schwarz-rote Förderpraxis

Besonders bedauerlich ist, dass für die Volkskultur im Jahr 2017 erneut weniger Fördermittel zur Verfügung gestellt wurden. Dass von den Gesamtmitteln in der Höhe von 59,75 Millionen Euro ein Großteil, rund 45,7 Millionen Euro, an die Landeskultureinrichtungen und somit in die Bestandserhaltung geht, ist seit Jahren bekannt. Geht es jedoch um die restlichen finanziellen Mittel und deren Verteilung, so muss daran Kritik geübt werden. Lediglich rund fünf Prozent der Gesamtförderungen im Jahr 2017 gingen in den breitenwirksamen und identitätsstiftenden Bereich der Volkskultur. Im Vergleich zum Vorjahr (2016) erhielt sie um 211.000 Euro weniger. Hier ist direkt Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer

verantwortlich, der sich beim „Aufsteuern“ und bei Veranstaltungen in den Regionen immer gerne volkstümlich gibt, aber bei den Budgetverhandlungen keinen besonderen Einsatz an den Tag legte.

Im Bereich der „Allgemeinen Förderungen“, wo vor allem freie Künstler und Vereine profitieren, sind mit 10,6 Millionen Euro aus freiheitlicher Sicht zu hohe Subventionen ausgeschüttet worden, immerhin machten sie 17,7 Prozent aller Kulturfördermittel aus.

Fragwürdige Förderungen bzw. Einsparungsbeispiele:

- Unter dem Punkt „Kulturinitiativen bzw. Vereine mit landesweiter Bedeutung“ findet sich das Afro-Asiatische Institut, gefördert mit 60.000 Euro. Die Wichtigkeit dieser Institution erschließt sich nicht, vor allem, wenn es um eine „landesweite Bedeutung“ geht. In dieselbe Kategorie fällt der Verein „CHIALA“ mit seinem „Afrika Festival“, dessen landesweiter Bekanntheitsgrad gegen Null tendiert.
- Das Forum Stadtpark erhielt 135.000 Euro und stellte seine Räumlichkeiten für Workshops für den zivilen Ungehorsam zur Verfügung. Die Initiative der Grazer FPÖ, das Forum Stadtpark einer sinnvollen Verwendung zuzuführen und ein Café zu etablieren, ist daher absolut begrüßenswert.
- Radio Helsinki erhielt 45.000 Euro. Wenn man schon Medienförderung betreiben will, so sollte diese auch korrekt ausgewiesen werden, vor allem dann, wenn ein Kulturauftrag dieser Einrichtung nicht erkennbar ist.

Betrachtet man den Bereich der Volkskultur genauer, so sticht sofort das regionale Missverhältnis bei der Verteilung der finanziellen Mittel hervor:

Bezirk	Einwohner	Fördermittel in Euro	Euro pro Einwohner
Graz	286.292	1.164.230,26	4,07
Bruck/Mürz-zuschlag	99.437	69.200,00	0,70
Weiz	90.075	60.714,80	0,67

Während in Graz für jeden Bürger vier Euro jährlich an Volkskulturgeldern ausgegeben werden, sind es in Bruck/Mürzzuschlag und in Weiz gerade einmal 70 bzw. 67 Cent pro Kopf.

Den Freiheitlichen geht es nicht um das Ausspielen der Landeshauptstadt gegenüber den Regionen, doch will man den Bevölkerungsabgang stoppen, so gilt es, neben den infrastrukturellen Maßnahmen auch ein kulturelles Leben adäquat zu unterstützen.



FPÖ-Klubobmann-Stv. DI Gerald Deutschmann und der dritte Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann übten bei der Pressekonferenz im August Kritik an der steirischen Kulturpolitik.

Die SPÖ und ihr fehlgeleitetes Integrationsverständnis: Verschleierte Mädchen im Türkis-blaue Bundesregierung plant Kopftuchverbot in



Bereits im April dieses Jahres haben sich die Koalitionsparteien ÖVP und FPÖ auf Bundesebene auf ein Kopftuchverbot in Schulen und Kindergärten verständigt. Damit wird eine weitere wichtige freiheitliche Forderung im Bildungsbereich realisiert. Nach entsprechenden Verhandlungen mit den neun Bundesländern soll das Kopftuchverbot schon im Herbst 2018 in Form einer sogenannten 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern umgesetzt werden.

Damit wird ein wichtiger Schritt zum Schutz der Kinder gesetzt, um ihnen – abseits von gesellschaftspolitischen Zwängen – die

bestmöglichen Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten. Durch die neue Regelung sollen sie vor Symbolen und Kleidungsstücken geschützt werden, die einen negativen Einfluss auf ihre Entwicklung im Kindesalter haben. Das Kopftuchverbot in Kindergärten und Volksschulen soll Mädchen ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben in der österreichischen Gesellschaft ermöglichen. Es darf nicht länger geduldet werden, dass diese schon im Kindergarten gezwungen werden, sich zu verschleiern. Das Kopftuch als Symbol des politischen Islams sowie der Unterdrückung des weiblichen Geschlechts sollte in unserer

modernen Welt, insbesondere in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, keinen Platz haben. Auch um das Herausbilden von Parallelgesellschaften zu verhindern, muss das Kopftuchverbot in Kindergärten und Schulen daher schnellstmöglich umgesetzt werden.

Landesrätin Lackner verteidigt Kopftuchzwang

Vor allem SPÖ-Landesräte wehren sich jedoch gegen das Vorhaben der Bundesregierung und rollen dem politischen Islam damit einmal mehr den



Interview mit
LAbg. DI Hedwig Staller
(Bildungssprecherin der FPÖ Steiermark)

„Das Kopftuch, als Mittel zur Unterdrückung der Frauen, hat insbesondere in Kindergärten und Volksschulen überhaupt nichts verloren!“



Wir Steirer: Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete! Das Kopftuchverbot steht derzeit wieder im öffentlichen Diskurs. Immer öfter ist es der Fall, dass Mädchen bereits im Kindergarten oder in der Volksschule ein Kopftuch tragen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Staller: *Es ist befremdlich und traurig zugleich, dass Mädchen schon im Kindergartenalter gezwungen werden, ein Kopftuch zu tragen, um damit ein bestimmtes Rollenbild bei ihnen festzusetzen. Das Kopftuch, als Mittel zur Unterdrückung der Frauen, darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben und hat insbesondere in Kindergärten und Volksschulen überhaupt nichts verloren.*

Wir Steirer: Wie sehen Sie den Umgang der in der Steiermark für Bildung zuständigen SPÖ-Landesrätin Ursula Lackner mit dieser Frage?

Staller: *Die rote Landesrätin verhält sich in dieser Thematik völlig verantwortungslos. Anstatt das Kopftuch aus Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zu verbannen, verharmlost Lackner den Kopftuchzwang, dem viele Mädchen ausgesetzt sind. Die SPÖ ist offensichtlich Schutzpatron von Eltern, die ihren Kindern bereits im Kindergartenalter das Kopftuch aufzwingen wollen und unterstützt damit das Entstehen von Parallelgesellschaften.*

Wir Steirer: Die Bundesregierung plant derzeit ein Kopftuchverbot in Kindergärten und Schulen und will dieses noch heuer umsetzen. Denken Sie, dass die vorherrschenden Probleme dadurch gelöst werden können?

Staller: *Ja. Wir Freiheitliche begrüßen das Vorgehen der Bundesregierung und sprechen uns klar für ein Kopftuchverbot in sämtlichen Betreuungseinrichtungen aus. Mit dessen Umsetzung wird eine wichtige freiheitliche Forderung erfüllt. Wir stellen dadurch sicher, dass Kinder frei und ungezwungen aufwachsen und sich entwickeln können.*

Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!

Kindergarten

Schulen und Kindergärten

roten Teppich aus. So übte auch die steirische Bildungslandesrätin Ursula Lackner Kritik an der türkis-blauen Koalition und versuchte damit von ihrer jahrelangen Untätigkeit in diesem Bereich abzulenken. Die SPÖ hat offenbar kein Problem damit, dass Mädchen schon im Kindergartenalter gezwungen werden, ein Kopftuch zu tragen. Es ist beschämend, wenn diese Zwänge bereits die Jüngsten der Gesellschaft zu spüren bekommen, die keine Möglichkeit haben sich zu wehren, nur um bestimmte Rollenbilder bei ihnen zu verankern. Das Kopftuch ist kein alltägliches Kleidungsstück, das von Mädchen freiwillig getragen wird, sondern vielmehr ein Ausdruck des politischen Islams, dessen Einfluss in Österreich zurückgedrängt werden muss.

Die Probleme, die mit dem Tragen eines Kopftuches einhergehen, werden von SPÖ-Politikern deutlich verharmlost. Parallelgesellschaften bereits im Kindesalter dürfen nicht geduldet werden. Die Sozialdemokraten plädieren stets für Integration und Gleichberechtigung, beim Thema Kopftuch sind ihnen diese Wörter offensichtlich fremd, denn mit gelungener Integration und Chancengleichheit hat dieses Symbol der Unterdrückung bekanntlich wenig am Hut.



Foto: Mario Sudy



NAbg. Hannes Amesbauer mit
Bürgermeister Willibald Ebner
bei seinem Amtsantritt.

Freiheitliche beweisen tagtäglich Mut zur Verantwortung!

Spätestens seit der erfolgreichen Regierungstätigkeit des ehemaligen steirischen Verkehrslandesrats Dr. Gerhard Kurzmann besteht kein Zweifel mehr, dass freiheitliche Politiker in verantwortungsvollen Ämtern umsichtig und besonnen im Sinne der Bevölkerung agieren. Derzeit beweisen auf Bundesebene die amtierenden FPÖ-Minister tagtäglich wie zukunftsorientierte Regierungsarbeit funktioniert.

Besondere Verantwortung in der heimischen Politlandschaft tragen jedoch auch die Bürgermeister, die als erste Ansprechpartner in den Gemeinden fungieren und eine Vielzahl an wichtigen Aufgaben erfüllen. Seit August dieses Jahres stellt die FPÖ in der Marktgemeinde Breitenau am Hochlantsch wieder einen Bürgermeister in der Steiermark. Nach den parteipolitisch motivierten Gemeinde-

zusammenlegungen im Jahr 2015 wurden alle ehemals freiheitlich geführten Kommunen durch Zwangsfusionen wegreformiert. Umso bedeutender ist nun die Amtsführung des langjährigen Gemeinderats Willibald Ebner in seiner Heimatgemeinde.

Der erfahrene Kommunalpolitiker hat bereits im Rahmen seines Amtsantritts klar gestellt, dass für ihn das Wohl der Bürger die oberste Handlungsmaxime ist. So stehen vor allem Projekte, wie die Übersiedlung des Kindergartens, die Errichtung von Startwohnungen und der Ausbau des Hochwasserschutzes am Programm.

Willibald Ebner wird ein weiterer FPÖ-Verantwortungsträger sein, der die Bürger davon überzeugt, dass freiheitliche Politik stets die Menschen in den Mittelpunkt rückt.

Heimisches Wertesystem muss bewahrt werden:

Das Kreuz als Ausdruck für Tradition und Brauchtum

Bereits im Dezember 2016 brachten die Freiheitlichen auf Landesebene einen Antrag ein, um die Anbringung eines Kreuzes auch künftig in allen steirischen Klassenzimmern und Kinderbetreuungseinrichtungen sicherzustellen. Das Kreuz ist nicht nur als religiöses Symbol zu sehen, sondern vor allem als Ausdruck bestimmter Traditionen und Werteordnungen unserer Heimat.

Auch im offiziellen Hoheitsabzeichen der Steiermark befindet sich das Kreuz deutlich sichtbar an der obersten Stelle des steirischen Wappens. Es ist schlichtweg Ausdruck einer Leitkultur, die sich im Laufe der Geschichte herausgebildet hat und für die Identität des Landes von zentraler Bedeutung ist. Bedauerlicherweise war die schwarz-rote Landesregierung damals nicht bereit, dem Antrag der FPÖ die Zustimmung zu erteilen.

Bayern und Italien führen Kreuzpflicht in öffentlichen Gebäuden ein

Einen wichtigen Schritt, um die christlich-abendländische Werteordnung als Fundament der Gesellschaft zu betonen, setzten kürzlich der Freistaat Bayern sowie unser südliches Nachbarland Italien. Künftig soll das Kreuz als Zeichen europäischer Kultur und Geschichte in jeder Behörde bzw. in jedem öffentlichen Gebäude hängen. In Österreich besteht die sogenannte Kreuzpflicht in Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflichtschulen bereits in den Bundesländern Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg und Salzburg.

Kreuze dürfen nicht aus öffentlichen Einrichtungen verschwinden



Heimisches Wertefundament entschlossen verteidigen

In der Grünen Mark ist nach derzeitiger Rechtslage ein Kreuz nur dann anzubringen, wenn eine Mehrzahl der Schüler bzw. Kinder ein christliches Religionsbekenntnis hat. Es ist leider keine Seltenheit mehr, dass es in Klassen eine muslimische Mehrheit gibt. Angesichts einer zunehmenden Islamisierung unseres Kontinents ist es wichtiger

denn je, das heimische Wertefundament entschlossen zu verteidigen.

FPÖ beantragt Kreuzpflicht in Landeseinrichtungen sowie Kindergärten und Schulen

Das Bekenntnis zur europäischen Kultur und Geschichte im Sinne einer aufgeklärten christlich-abendländischen Werteordnung sowie die Akzeptanz demokratischer und

rechtsstaatlicher Prinzipien werden nicht zuletzt durch das Kreuz zum Ausdruck gebracht.

Die Freiheitlichen bringen auf Landesebene nun erneut einen Antrag ein, um die Anbringung des Kreuzes künftig in allen steirischen Klassenzimmern und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Landeseinrichtungen der Grünen Mark sicherzustellen.



FPÖ-Landesparteioibmann Mario Kunasek und FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann verschenkten Schultaschen an sozial benachteiligte Taferlklassler.

Mario Kunasek und Stefan Hermann vergaben Schultaschen!

Der erste Schultag kommt für viele Schulanfänger schneller als gedacht. Da dieser für zahlreiche Eltern eine massive finanzielle Belastung darstellt, riefen FPÖ-Landesparteioibmann Mario Kunasek und FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann eine Sommer-Aktion ins Leben, um sozial schwächer gestellten Familien unter die Arme

zu greifen. Dabei wurden in der gesamten Steiermark Schultaschen inklusive Schreibutensilien vergeben und diese von regionalen FPÖ-Abgeordneten persönlich überbracht.

Mit dieser Aktion gelang es den Freiheitlichen einmal mehr ihrem Namen „Soziale Heimatpartei“ gerecht zu werden.

RFJ Steiermark



RFJ-Landesobfrau LAbg. Liane Moitz und der geschäftsführende RFJ-Landesobmann Jürgen Angerer stellten die neue Kampagne „Tradition schlägt Migration“ vor.

Tradition schlägt Migration. Steiermark, „berufen für das Schöne, nicht für Asylanströme!“ ist der bewusst provokant gewählte Titel der neuen Kampagne des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ). Herzstück davon ist ein Flyer, den der RFJ inhaltlich und grafisch selbst gestaltet und erarbeitet hat. Dieser wurde von RFJ-Landesobfrau LAbg. Liane Moitz im Zuge ihrer Sommertour in allen steirischen Bezirken zusammen mit den jeweiligen RFJ-Bezirksobleuten präsentiert.

Kinderferienlager am Packer Stausee war ein voller Erfolg!



Foto vom Ferienlager mit den freiheitlichen Funktionären sowie FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann.

Der Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) richtete Mitte August erstmalig ein Kinderferienlager in der Steiermark aus. Bei bestem Wetter verbrachten die teilnehmenden Kinder im Alter von sieben bis zwölf Jahren vier erlebnisreiche Tage am Packer Stausee. Neben zahlreichen sportlichen Aktivitäten wie Fußball, Tischtennis, Slacklines, Bogenschießen und Schwimmen standen auch Basteln und „Natur erkunden“ am Programm. Lagerfeuer mit Steckerlbrot und Grillen sowie eine Nachtwanderung sorgten für besondere Lagerstimmung. Organisiert wurde das Ferienlager vom RFJ Steiermark, dessen Obfrau LAbg. Liane Moitz selbst als Betreuerin mit dabei war.

Neben Liane Moitz nahmen auch weitere freiheitliche Funktionäre als Betreuer am Ferienlager teil. Sie sorgten nicht nur für

präsentierte neue Kampagne auf Sommertour!

Mit der neuen Kampagne wird bewusst auf altbewährte Konzepte gesetzt. Natürlich gewachsene Werte und Traditionen – sowohl im Bildungswesen als auch im gesellschaftlichen Miteinander – sollen dabei wieder stärker verankert werden. Die Themenbereiche wurden aufgrund zunehmender Konflikte, der vielerorts offen zu Tage tretenden Ablehnung heimischer Wertehaltungen und der Bildung von Parallelgesellschaften gewählt. Denn nicht erst seit der Asylkrise gibt es eine Reihe massiver Umwälzungen und Verwerfungen in der österreichischen Gesellschaft und damit auch an steirischen Schulen. So ist für jeden fünften Volksschüler in der Steiermark Deutsch nicht die Muttersprache. In Graz gibt es bereits Schulen mit einem Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache von über 90 Prozent. Der RFJ



Flyer der aktuellen RFJ-Kampagne.



Liane Moitzi bei der Pressekonferenz in GösSENDORF mit den beiden Bezirksobmännern Heiko Bader (Graz) und Patrick Kurat (Graz-Umgebung) sowie BR Peter Samt.



Bei der Pressekonferenz in Hartberg-Fürstenfeld mit dem gf. RFJ-Bezirksobmann Maximilian Fischl.



Liane Moitzi mit dem Murtaler RFJ-Bezirksobmann Thomas Maier.

stellt im Zuge seiner Kampagne neben den bereits eingeführten Deutschklassen eine Reihe weiterer Forderungen auf. Der Bogen spannt sich dabei von der Kreuzpflicht an Schulen über

die verstärkte Teilnahme von Schulklassen an Gemeindeveranstaltungen (Muttertagsfeier, Pfarrfest, Gemeindeviennaachtsfeier usw.) bis hin zur Neuauflage eines „Steirischen Brauchtumskalenders“ einschließlich des Versands an alle Schulen. Darüber hinaus soll in Kindergärten und Schulen ein Kopftuchverbot gelten und der Islamunterricht behördlich strengstens kontrolliert werden, um radikale Auswüchse

zurückzudrängen. Weiters wird die Wiedereinführung des bis in die 1970er-Jahre abgehaltenen Heimatkundeunterrichts gefordert. Dieser hatte es unter anderem zum Ziel, dass Erinnerungen der lebenden Generationen, Denkmäler, Bräuche und Sagen aus älterer Zeit aber auch einzelne technische Entwicklungsreihen vermittelt werden.

Im Rahmen der Pressekonferenzen stellten die RFJ-Bezirksobleute ihrerseits derzeitige und zukünftige Projekte und Vorhaben vor. Dabei liegt der Fokus vor allem auf dem weiteren Ausbau der internen Strukturen sowie der Schulung der Jungfreiheitlichen für die Gemeinderatswahl 2020.



Nicht nur die Kinder hatten Spaß beim Ferienlager, sondern auch die freiheitlichen Landtagsabgeordneten Hedwig Staller, Liane Moitzi und Klubobmann Stefan Hermann zeigten vollen Einsatz.

das leibliche Wohl der Kinder, sondern auch für jede Menge Spaß. Als Lagerleiter fungierte NAbg. Christian Schandor, der für ein abwechslungsreiches Tagesprogramm verantwortlich war. Verköstigt wurden die Kinder von LAbg. Hedwig Staller, Familiensprecherin des Freiheitlichen Landtagsklubs.

Als weiterer Betreuer mit dabei war der Murtaler RFJ-Bezirksobmann Thomas Maier, der als Rettungsschwimmer für die Sicherheit

der Kinder gesorgt hat. FPÖ-Klubobmann LAbg. Stefan Hermann besuchte ebenfalls das Kinderferienlager und konnte mit einer Kühltruhe voller Eis bei den Kindern punkten.

Die Kinder hatten im Ferienlager sichtlich Spaß, aber auch der Lerneffekt kam nicht zu kurz. So lernten sie die Natur kennen sowie soziales Verhalten in einer Gruppe. Das ist vor allem in Zeiten des Internets und Smart-

phones – die Handys der Kinder blieben zuhause – besonders bemerkenswert. Das Ferienlager war somit eine hervorragende Gelegenheit, neue Freundschaften zu knüpfen und sich im landschaftlichen Umfeld einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung zu widmen.

Aufgrund der positiven Resonanz wird es auch nächstes Jahr wieder ein Kinderferienlager der besonderen Art geben!

HARALD VILIMSKY
EU-ABGEORDNETER
GENERALSEKRETÄR

HEINZ-CHRISTIAN
STRACHE
VIZEKANZLER
BUNDESPARTEIOBMANN

MARIO KUNASEK
BUNDESMINISTER
LANDESPARTEIOBMANN

Frühschoppen

DER FPÖ STEIERMARK

SONNTAG, 23. SEPTEMBER

BEGINN: 10.00 UHR

OKTOBERFEST HARTBERG · AUTOBAHNABFAHRT

Live-Musik:

TRACHTENMUSIKVEREIN UNTERLUNGITZ

EINTRITT
FREI!

GRANATEN www.granaten.at 